

Verantwortl. Redakteur: N. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: N. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Nebblatt 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
Deutschlands: N. Wölfe, Haackstein & Bogler, G. L. Daube,  
J. Waldbreit, Berlin, Bernh. Arnold, Max Gersmann,  
G. H. Thienens, Greifswald, G. W. H. Halle, A. S.  
J. L. B. G. Hamburg, Joh. Nothmann, A. Steiner,  
William Wittenberg. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.  
Joh. G. Fischer, Kopenhagen Ang. J. Wolff & Co.

E. L. Berlin, 18. April.

### Deutscher Reichstag.

71. Plenar-Sitzung vom 18. April,  
1 Uhr.

Das Haus genehmigte einen schnellen  
Antrag Murn auf Einstellung eines gegen den  
Abg. Murn gerichteten Beschlusses, der die  
Verhaftung und Verurteilung des Abg. Murn  
gegen den Genossenschaftsgesetz zu bestimmen:  
„Branntwein- und sonstige Spirituosen, welche  
zum Genuß dienen, gehören nicht zu den  
Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen und dürfen  
von Konsumvereinen nicht geführt werden.“

Abg. Murn (Ztr.), seinen Antrag be-  
fürwortend, bezeichnet es als durchaus immora-  
lisch, daß sogar besser situierte Personen ohne Schein  
ihre Dividenden aus den Taschen der Konsumvereine  
entnehmen. Er hält es für sehr wertvoll, daß die  
Konsumvereine für sehr wertvolle Glieder im Wirt-  
schaftsleben und wünschenswert, daß ihnen die  
Rechte belassen werden, welche jedem anderen  
zustehen: gleiches Recht, gleiche Sonne  
für alle! Der Antrag Murn ist die denkbar  
schärfste Ausdehnung mildernden Wettbewerbs.  
Wenn Herr Murn alles Geld für fromme  
Zwecke zurückweisen will, welches in fragwürdiger  
Weise zusammengebracht ist, dann sollte er  
doch vor allem sich gegen die Kirchenbaukosten  
wenden! Murn wird noch den ver-  
bundenen Redaktionen vor, ebenfalls den Konsum-  
vereinen ungenügend gefügt zu sein.

Staatsr. v. Böttcher weist diese Be-  
hauptung entschieden zurück. In der Vorlage  
würden lediglich — ohne grundsätzliche Gefähr-  
dung des Konsumvereinswesens — einige Dispa-  
ritäten zu beseitigen gesucht, welche bisher zu  
Gunsten der Konsumvereine bestanden hätten.  
Dem Antrag Murn allerdings, der zu weit  
gehe, könne er selbst nicht zustimmen. Schon  
deshalb nicht, weil es doch wohl nicht angehe,  
die Begriffsbestimmung für Branntwein, wie der  
Antrag Murn sie ausspricht, in die Gesetz-  
gebung aufzunehmen. Nur sehr Viele sei ja  
allerdings der Branntwein nur ein Genussmittel;  
für begrenzte Kreise sei er aber doch auch unter  
Umständen ein notwendiges Lebensmittel.  
Dazu komme aber noch, daß ja schon bei der  
Gewerbesteuer in zweiter Lesung der Beschluß  
gefaßt sei, die Konsumvereine hinsichtlich des  
Ausgangs geistiger Getränke und des Brannt-  
weineinhandels konzeptionspflichtig zu machen.  
Werde dieser Beschluß in dritter Lesung be-  
stätigt, so werde das genügen, um einem über-  
mäßigen Branntweinvertrieb der Konsumvereine  
entgegenzuwirken.

Abg. Schneider (freil.) hält ebenfalls  
eine solche ausnahmsweise Maßnahme gegen  
die Konsumvereine für ebenso überflüssig, wie  
unbillig. Ausdehnungen der Konsumvereine in  
Bezug auf Schnapsvertrieb könne die Behörde  
schon jetzt entgegenstellen, und mehr noch werde  
sie das nach Inkrafttreten der neuen Gewerbe-  
novelle zu thun vermögen. Er bitte, den Antrag  
abzulehnen.

Abg. O. J. (natl.) giebt dem Abg. Murn  
zu, daß es wirklich sogenannte Schnapskonsum-  
vereine gebe, welche hauptsächlich des Schnaps-  
vertriebs halber errichtet seien. Aber um dieser  
einzelnen Auswüchse willen dürfe man doch nicht  
gleiches Recht und sondern den Konsumvereinen  
den Branntweinverkauf unterlagen. In dem der  
Antrag dahin gehe, schreie er weit über das  
Ziel hinaus.

Abg. v. Stumm (Natl.) erhebt ebenfalls  
um Ablehnung des Antrages. Es genüge voll-  
ständig, daß die Konsumvereine hinsichtlich des Aus-  
gangs und Branntweineinhandels dem § 33  
N. G. O. unterstellt würden. Daß der Schnaps-  
konsum immer schädlich sei, sei auch eine Ueber-  
treibung, er erinnere nur an die Holzarbeiter,  
auch an das Bedürfnis nach einem Schnaps,  
wenn man auf Jagd sei.

Hierauf schließt die Debatte und der Antrag  
wird, da auch Abg. Murn selbst sich nicht er-  
hebt, einstimmig abgelehnt. (Heiterkeit.)  
Artikel I enthält die Abänderungen, welche  
das Genossenschaftsgesetz erfahren soll. Das be-  
stehende Gesetz enthält in § 8 Absatz 4 das  
Verbot des Verkaufs an Nichtmitglieder.  
Die Vorlage will nun vor allem dieses Ver-  
bot durch eine — als Zusatz zum § 145 a vor-  
geschlagene — Strafbestimmung wirksamer  
machen und außerdem die landwirtschaftlichen  
Konsumvereine ohne offenen Laden, sofern ihre  
Waren hauptsächlich für den landwirtschaftlichen  
Betrieb bestimmt sind, von dem Verbot aus-  
nehmen.

Ein Antrag Schneider geht dahin, § 8  
Absatz 4 ganz zu streichen, also jenes Verbot  
wider aufzuheben.

Abg. Nagel (Natl.) giebt den Antrag  
befürwortend, legt dar, daß das Verbot des  
Verkaufs an Nichtmitglieder die Entwicklung  
des Konsumvereinswesens hemme und auf einer  
ganz schiefen Auffassung von der wirtschaftli-  
chen Bedeutung der Konsumvereine beruhe.  
Was in der Begründung der Vorlage zu Gunsten  
der landwirtschaftlichen Vereine gesagt werde,  
gehe genau so auch für alle andern.

Abg. Wurm (Natl.) bleibt dabei, daß die  
Regierung jetzt den Konsumvereinen ungenügend  
genügt sei und den Gegnern der Konsumvereine  
leider schon mehr als einen kleinen Finger reiche.  
Daß jene doch gleich nach der ganzen Hand  
greifen, ist natürlich.

Abg. v. Böttcher (Natl.), gegen den  
Antrag Schneider, empfiehlt Annahme des § 8,  
Absatz 4 in der Fassung der Vorlage. Die Aus-  
nahme zu Gunsten der landwirtschaftlichen Ge-

nossenschaften rechtfertige sich durch deren Cha-  
rakter als vorwiegend Wohlthätigkeitsvereine.

Abg. Schneider, für seinen Antrag aus-  
drücklich eintretend, spricht seine Ueberzeugung  
aus, die Gegner der Konsumvereine würden auch  
mit diesem Gesetz ihre Absicht, die Konsumvereine  
zu unterdrücken, doch nicht erreichen.

Staatssekretär v. Böttcher verwahrt  
die Regierung nochmals gegen den Vorwurf,  
ihre prinzipielle Stellung zu den Konsumvereinen  
geändert zu haben. 1889 habe die Regierung  
allerdings das betreffende Verbot nicht vorge-  
schlagen. Gegenwärtig aber komme in Betracht,  
daß wir jetzt mangels einer Strafbestimmung  
eine lex imperfecta haben, daß zweitens die  
Konsumvereine seit damals sehr zugenommen, und  
daß drittens in Württemberg, wo dem Verbot  
ein Strafparagraf zur Seite steht, sich dies  
durchaus bewährt habe. Er könne daher nur  
bitten, den Antrag Schneider abzulehnen und die  
Vorlage anzunehmen.

Abg. v. M. (Dresden) (Antisemit) äußert  
sich im gleichen Sinne.  
Abg. O. J. (natl.) meint, die Konsum-  
vereine hätten seit 1889 durch zunehmenden Zu-  
sammenschluß von Kleinkapitalisten eine zu große  
Macht gegenüber den einzelnen Gewerbetreibenden  
erlangt, weshalb das Verbot aufrechterhalten  
und durch eine Strafbestimmung ergänzt werden  
müsse.

Nunmehr wird Antrag Schneider abgelehnt  
und § 8 Absatz 4 in der Fassung der Vorlage  
angenommen.

Zum § 11 des Genossenschaftsgesetzes hat  
die Kommission den Zusatz beigeschrieben: „Von der  
Eintragung in die Mitgliederliste einer Genossen-  
schaft hat das Gericht jeden einzelnen Genossen  
zu benachrichtigen.“

Der Zusatz wird mit großer Mehrheit wieder-  
gelesen, nachdem Geh. Rath Bierhaus die  
aus demselben ganz unmissverständlich zu gewin-  
nenden Belästigungen geschildert hatte.

Die Kommission hat ferner beschlossen: Die  
Gewinnverteilung soll durch das Statut nicht  
nur auf einen bestimmten, höchstens 10jährigen  
Zeitraum (wie bisher) ausgeschrieben werden  
dürfen, sondern für immer. Auch soll die Ver-  
teilung des Vermögens unter die Genossen (im  
Liquidationsfalle) hauptsächlich ausgeschrieben wer-  
den dürfen. Ist in einem solchen Falle das  
Vermögen nicht statutarisch für physische oder  
juristische Person zu einer bestimmten Verwen-  
dung überwiesen, so soll es der Volksgemeinde  
der Genossenschaft zufallen, zu gemeinnützigen  
Zwecken.

Gegen letztere Bestimmung wenden sich die  
Abg. Schneider, O. J., während von  
Verdeck, Stumm, Böttcher die Beschlüsse  
der Kommission empfehlen. Letztere werden  
schließlich angenommen.

Auch einige weitere Paragraphen werden  
nach den Vorschlägen der Kommission erledigt.  
Vor Eintritt in die Beratung der Strafbestim-  
mungen verliert sich das Haus.

Nächste Sitzung Montag 1. Uhr.  
Tagesordnung: Fortsetzung und dann Duell-  
Interpellation des Zentrums. Ein Antrag Barth  
auch gleich die freistündige Duell-Resolution auf  
die Tagesordnung zu setzen, begegnet dem  
Widerstand der Abg. von Maffei, von Stumm  
und auch ein Vorschlag Singer, die Resolution  
mit der Interpellation zu verbinden, führt auf  
Widerstand aus Geschäftsordnungsrücksichten  
seitens d. Abg. Spahn und Vadem. Der An-  
trag Barth kam schließlich zur Abstimmung und  
wurde abgelehnt.

Schluss 5<sup>15</sup> Uhr.

E. L. Berlin, 18. April.

### Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.  
54. Plenar-Sitzung vom 18. April,  
11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Voss, Dr. Miquel  
und Kommissarien.

In Fortsetzung der zweiten Lesung des  
Lehrer-Beoldungs-Gesetzes wird die gestern ab-  
gebrochene Besprechung über § 25 (Leistungen  
des Staates) wieder aufgenommen.

Abg. Richter (fr. Vp.): Die gesteigerten  
Anforderungen an den Staatszuschuß für die  
Volksschulen sind nicht so beträchtlich, wie gestern  
der Finanzminister es darzustellen versuchte.  
Die geringere Klassenbefreiung ist in den Städten  
nicht stärker gefördert als auf dem platten  
Land, es ist eine Verringerung von 6 Schülern  
pro Klasse festgestellt gleichmäßig in den Städten  
wie auf dem Lande. Die entgegengesetzte Be-  
hauptung des Finanzministers ist unwichtig und  
wenn er mich aufforderte, bei dieser Angabe be-  
sonders aufzumerken, so danke ich dem Herrn  
Minister, wenn er mich stets dann aufmerksam  
machen will, wenn er etwas Falsches sagt.  
Wenn die Städte ihre Lehrer besser stellen, so  
gibt der Staat dazu gar nichts. Wir bestreiten  
ja garnicht, daß es nötig ist, leistungsfähige  
Gemeinden zu unterstützen. Man hätte daran  
nur denken sollen bei der Verteilung der Gelder  
aus der Vor-Quene, damals habe ich gemein-  
sam mit Herrn von Böttcher verlangt — und daß ich  
nicht mit ihm verband, war doch alles Mögliche  
(Heiterkeit) —, daß die Gelder zu Schulzwecken  
verwendet werden sollten; aber die Rechte wollte  
nichts davon wissen. Daß die Schulkassen  
in den großen Städten so gering sind, ist auch  
nicht wahr; sie steigen bis zu 200 Prozent der  
Einkommensteuer. Dabei liegt die Verteilung  
des Fonds in dem Belieben des Ministers, und  
die Städte müssen wehmüthig erbiten, was  
sie heute zu fordern haben. Es ist verwunder-  
lich, daß das Zentrum, dessen Mitglieder doch  
auch in industriellen Kreisen gewirkt sind, aus-  
nahmslos für das Gesetz eintritt. Das platten-  
Land empfängt durch das Gesetz mehr, als es  
an Einkommensteuer und Vermögenssteuer dem  
Staate einbringt. In dem Entwurfe zu einem  
Verwendungsgefeß hatte Fürst Bismarck Ge-  
danken angeregt, wonach Berlin an Staats-  
unterstützung statt 900 000 Mark etwa 2 bis 3  
Millionen erhalten haben würde als Schul-  
unterstützung; so thurnhoch stand des Fürsten  
Bismarck Gerechtigkeitsgefühl gegenüber dem  
deutschen Finanzminister. Auch in dem Gesetzentwurf  
in dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses  
für den Finanzminister doch auch  
verantwortlich ist, günstiger für die großen  
Städte; von einer Änderung in dem Prinzip  
der Verteilung war keine Rede. Wenn man

heute anregt, es solle statt der Stellszahl der  
Lehrer die Schülerzahl als Verteilungsmassstab  
dienen, so wird das keinen großen Unterschied  
machen. Der Herr Finanzminister denkt wie der  
heilige Quirinus (Auf des Abg. Richter: Crispinus)  
oder Crispinus, unter den Heiligen bin  
ich nicht so bekannt wie Sie. (Heiterkeit.) Das  
Lehrer zu seinen Geschenken an das platten Land  
nimmt er von den Städten! (Auf rechts:  
Lebend!) Die Leistungsfähigkeit des platten Lan-  
des kann man an der Hand der Einkommen-  
steuer-Einschätzung allein nicht beurtheilen, wie  
es denn auch unzutreffend ist, die Leistungs-  
fähigkeit zwischen Stadt und Land allein nach  
dem Steuerertrage zu beurtheilen. Die Städte  
haben bedeutend größere Ausgaben, so für  
sanitäre Zwecke, die auf dem Lande nicht möglich  
sind. Der Finanzminister klagt über schlechte  
Finanzlage, 15 Millionen Defizit u. s. w. Aber  
wenn die Finanzlage wirklich so schlecht ist, wo  
nimmt denn der Finanzminister die Mittel für  
die Vorlage her? Ich denke, wenn er weiß, wo  
die nötigen 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen für dies Jahr zu  
holen sind, wird er auch wissen, wo noch mehr  
zu holen ist. Der Finanzminister, sagen Sie  
aus, daß, wieviel Ueberschuß haben Sie denn  
eigentlich? (Große Heiterkeit!) Ich habe  
Ueberschuß auf 30 Millionen taxirt; ich glaube  
heute, er ist noch höher. Da ist Graf Bismarck  
doch ein anderer Mann! (Heiterkeit.) Der  
Herr Minister spricht von Beamtengehältern,  
wenn wir etwas für die Lehrer fordern und  
verweist auf die Lehrer, wenn wir etwas für  
die Beamten fordern. Die Konvertierung ist un-  
umgänglich nötig; die Betroffenen müssen sich  
ebenfalls einer ungünstigen Konjunktur fügen, wie  
Arbeiter und andere Berufsstände. Im Ganzen  
bildet die Vorlage einen Schritt auf dem  
Wege zur Verstaatlichung der Schule und eine  
Verschlechterung des jetzigen Zustandes. (Beifall  
links!)

Minister Dr. Miquel: Herr Richter spricht  
über alles Mögliche (Unruhe links, Auf: Ge-  
horche! Auf: Ruhe! Auf: Ruhe!) nur nicht über das,  
woran es ankommt. Wichtig ist nur, daß die  
Einkommensteuer-Einschätzung kein entscheidendes  
Bild über die Leistungsfähigkeit zwischen Stadt  
und Land giebt. Aber darüber kann kein Zweifel  
sein, daß die Schullasten auf dem Lande schwerer  
sind, als in den Städten. (Sehr richtig! rechts.)  
Auf dem Lande ist die Mehrzahl der Bewohner  
ärmer, als in den Städten, auch ist nicht richtig,  
zu sagen, die großen Städte bringen dem Staat  
die Einnahmen; die großen Städte bringen die  
Einnahmen nicht, sondern die reichen Leute, die  
dort wohnen. Ueber die Finanzlage und die  
Ansichten des laufenden Jahres schon jetzt Aus-  
sicht zu geben, halte ich nicht für zweckmäßig.  
Der von den Freunden des Herrn Richter be-  
gangenen Fehler, auf schwankenden Einnahmen  
dauernde Ausgaben zu gründen, dürfen wir nicht  
fortsetzen. Ob ich dem Antrium mit neuen  
Forderungen den nötigen Widerstand werde ent-  
gegenstellen können, das weiß ich nicht; jedenfalls  
kann ich es nicht, wenn nicht eine Mehrheit des  
Hauses hinter mich steht. Nicht Automaten, sondern  
organische Regelung wünsche ich; denn in der  
Budgetkommission ist es immer gut, wenn die  
Herrn durch gesetzliche Schranken in ihren Ent-  
scheidungen begrenzt sind. Was die vorliegenden  
Anträge anbelangt, so will ich zunächst deren  
Begründung abwarten. Der Antrag Gothein  
scheint besondere Mühsal für Berlin zu  
fordern, wogegen vom staatlichen Standpunkte kein  
Grund vorliegt. (Beifall rechts.)

Minister Voss: Ich schildere die Bedürfnisse  
der ländlichen Gemeinden im Osten; er gebe der  
Hoffnung Ausdruck, daß die Großstädte, auch  
wenn eine mäßige Einschränkung der Staats-  
unterstützung eintritt, doch für ihre Schulen  
sorgen werden, wie sie ja auch gesorgt haben,  
ehe der Zuschuß gewährt wurde. Offensichtlich  
werde sich ein Weg finden, auf dem eine Ver-  
ständigung möglich ist.

Abg. Richter v. Böttcher (fr.): Die Bürger  
der Großstädte haben keinen Grund sich zu be-  
klagen, denn sie sind durch die Steuerreform be-  
deutend entlastet. In Berlin beträgt diese Ent-  
lastung über 100 Prozent. Redner empfiehlt  
den Antrag seiner Partei (Wahl-Schmidlein),  
durch den es ermöglicht würde, mit einem Auf-  
wande von 600 000 Mark den berechtigten An-  
sprüchen der Großstädte entgegenzukommen.  
— Der Antrag geht dahin: den Staatsbeitrag  
für 25 Stellen zu zahlen. Sind mehr als 45  
Schulstellen vorhanden, so soll der Zuschuß  
außerdem für die Hälfte der 45 übersteigenden  
Zahl gewährt werden. Die bereits vorhandenen  
Schulstellen bilden die Grenze des Staats-  
beitrages, mit Ausnahme der Gemeinden, wo  
25 Stellen noch nicht vorhanden sind;  
hier soll der Beitrag bis zu 25 Stellen gewährt  
werden.

Abg. Dr. Sattler (nl.): Wir verlangen  
namentliche Abstimmung, um festzustellen, wie  
sich die Herren Richter und Voss stellen zu  
dieser Beratung der Städte. (Große Unruhe  
und sehr richtig!) Redner beantragt einen  
neuen Absatz einzufügen: Sind die einer Ge-  
meinde nach dem neuen Gesetze zustehenden Be-  
züge geringer, als der ihr früher gezahlte  
Beitrag, so wird letzterer weitergezahlt.  
Abg. Dietrich (Ztr.): Das Zentrum hat  
von Anfang an in der Vorlage eine Verbesserung  
der bestehenden, gegenüber den Katholiken un-  
gerechten Gesetzgebung gefunden und deshalb mit-  
gearbeitet ohne Parteifarben für die Städte oder  
für das platten Land. Mit wenigen Ausnahmen  
wird das Zentrum für die Kommissionsvorlage  
stimmen.

Abg. Gothein (fr. Vereinig.) stimmt  
dem Abg. Dr. Sattler bei und wird auch für  
dessen Antrag stimmen. Er empfiehlt weiter  
einen von ihm gestellten Antrag: Bei der Ge-  
meindebildung bestehender Gemeinden oder Guts-  
bezirke geht der Staatsbeitrag für diese an die  
informell existierende Gemeinde über. Der Finanz-  
minister hat diesem Antrage ja auch nicht wider-  
sprochen.

Regierungs-Kommissar Scheimer Rath  
Germar erklärt, daß der Finanzminister dem  
Antrage Gothein nicht zugestimmt habe.  
Die Debatte wird geschlossen.

Abg. Vachem bemerkt persönlich, daß er  
durch Gesetze im Reichstage behindert war,  
zum Beginn der Sitzung anwesend zu sein; das  
Gleiche gelte von Dr. Richter, der dem Provinzial-  
landtage seiner Heimat bewohnen muß.  
Dr. Sattler erwidert, daß er Herrn  
Vachem gestern habe mittheilen lassen, daß er

heute den Angriff beabsichtige. — Vachem er-  
widert, daß diese Mittheilung nicht an ihn gelangt  
sei, ihn aber auch nicht gehindert haben  
würde, da zu sein, wo seine Anwesenheit am  
nötigsten war.

Zunächst wird in namentlicher Abstimmung  
der Antrag Sattler mit 185 gegen 125  
Stimmen abgelehnt; ebenso wird der Antrag  
Gothein abgelehnt, und der § 25 in der  
Fassung der Kommissionsvorlage angenommen.

Die Resolution um Bereitstellung von  
Mitteln zur Entschädigung der Lehrer für die  
Theilnahme an den Kreis-Konferenzen wird an-  
genommen.

Die Verathung und Beschlußfassung über die  
Resolution der Kommission, die Regierung wolle  
ein neues Schulgesetz vorlegen, wird ausgesetzt.  
Hierauf verliert sich das Haus.  
Nächste Sitzung Montag 11 Uhr.  
Tagesordnung: Kredit-Vorlage.  
Schluss 4<sup>15</sup> Uhr.

### Deutschland.

Berlin, 18. April. Seine Majestät der  
Kaiser wird heute Nachmittag dem Offizier-  
Korps in Karlsruhe bewohnen. Später wird  
der Kaiser bei dem preussischen Gesandten von  
Eisenacher den Thee einnehmen und dann noch  
einige Besuche bei hiesigen Ministern machen.  
Morgen Vormittag 11 Uhr 45 Minuten erfolgt  
Johann die Abreise mittelst Sonderzuges über  
Würzburg nach Koburg.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses  
zur Vorberatung des Gesetzentwurfs über die  
Regelung der Richtergehälter hat gestern Abend  
den § 8 (Höflichkeit-Paragraf) der Vorlage  
gegen die Stimmen der beiden konservativen  
Parteien abgelehnt. Der Justizminister erklärte,  
daß ohne § 8 die ganze Vorlage für die Regie-  
rung wertlos sei und zurückgezogen werden  
würde. Dementsprechend fiel auch § 11 der  
Vorlage. Im Uebrigen wurde die Vorlage an-  
genommen. Am nächsten Dienstag soll die zweite  
Lesung vorgenommen werden.

Die wirtschaftliche Vereinigung des  
Reichstags beschloß gestern Abend den Antrag  
bezüglich Konvertierung der Reichs- und Staats-  
anleihe im Reichstage nicht einzubringen. Der  
diesbezügliche vom Abg. Meyer-Danig gestellte  
Antrag wurde mit Stimmeneinheit abgelehnt.  
Die Verathung betreffend Maximal-Arbeitszeit im  
Vädrergerwerbe wurde von der Tagesordnung  
abgesetzt.

Auch die „Kirchliche Korrespondenz“ für  
die deutsche Tagespresse“ erklärt sich entschieden  
gegen die Einführung der fakultativen Zivilehe  
an Stelle der obligatorischen. Sie schreibt  
hierüber:

Nachdem in 20 Jahren treuer Arbeit und  
unter vielen Schmerzen der Schanden, der durch  
die tentativ ausgearbeitete Einführung der  
Zivilehe angedeutet worden war, zum größten  
Theile überwunden ist und die Kirche andererseits  
angefangen hat, sich des mit der Zivilehe ver-  
bundenen Gutes der kirchlichen Freiheit zu er-  
kennen, wurde durch die Einführung der fakulta-  
tiven Zivilehe der Erwerb dieser Freiheit von  
Neuem in Frage gestellt. Denn die Gefahr ist  
nicht gering, daß das Entweder-Oder, vor  
welchem bei der geplanten Aenderung jedes Braut-  
paar gestellt wird, den Prozentsatz der kirchlichen  
Trauungen, der jetzt durchschnittlich 96 Prozent  
der Eheschließungen beträgt, erheblich verringern  
könnte. Man darf sich darüber nicht täuschen,  
daß der prinzipielle Kampf von Neuem entbren-  
nen würde, wenn das Bürgerliche Gesetzbuch die  
fakultative Zivilehe einführt; und es ist  
voranzusetzen, daß dieser Kampf mit der Erbitte-  
rung und Lebensfähigkeit geführt werden und  
immer neuen Anlaß geben würde, Mißtrauen  
und Feindschaft gegen die Kirche wachzurufen.  
Die Arbeit um die Aufrechterhaltung der kirchlichen  
Trauung müßte der neuen Sachlage gegenüber  
vielfach von Neuem beginnen und der  
Kampf würde von der Kirche in einer  
weit ungünstigeren Position als früher zu  
führen sein, da hinfür von jedem Kirchengliede  
gefordert werden müßte, die standesamtliche Ehe-  
schließung ausdrücklich zu verweigern, um die  
kirchliche zu erlangen. Dazu kommt der schwe-  
rigende Umstand, daß der bei der Eheschließung  
einmal gemachte Fehler der Verschmäherung der  
kirchlichen Trauung später nicht wieder gut zu  
machen wäre, während bisher die kirchliche  
Trauung nachgeholt werden konnte und in unge-  
zählten Fällen nachgeholt worden ist. Hat  
die kirchliche Trauung aber hinfür zivilrechtliche  
Wirkung, so kann sie nach der mit gleicher  
Wirkung ausgestatteten standesamtlichen Ehe-  
schließung nicht mehr hinterdrein vollzogen  
werden. Wie schwere Konflikte und Verwirrungen  
daraus entstehen müssen, unter denen die Kirche  
am meisten Schaden leiden würde, liegt zu Tage.  
Bei dieser Sachlage erscheint es sehr bedenklich,  
Schritte zu thun, die, ob auch in guter Absicht  
unternommen, doch mehr Schaden als Segen  
bringen könnten, und die geeignet sind, eine feste  
und klare Position, welche die Kirche mit Gottes  
Hilfe in schweren Kämpfen auf dem Boden der  
Freiheit im Volksleben gewonnen hat, ohne zwin-  
gende Gründe von Neuem in Frage zu stellen.

Paris, 18. April. Ihre Majestät die  
Kaiserin und die kaiserlichen Prinzen sind in Be-  
gleitung der Hofdame Fräulein von Keller, des  
Oberverwalters v. Deines und des Militär-  
gouverneurs v. Lyncker heute früh 8 Uhr mit  
Sonderzug hier eingetroffen. Auf dem Bahnhof  
waren der Kommandeur der Kadettenanstalt,  
Oberstleutnant Graf v. Schwerin, Landrath  
Graf zu Rantzau und der Bürgermeister Rinder  
zur Begrüßung erschienen. Unter Glockengeläute  
führten die Allerhöchsten Herrschaften durch die  
festlich geschmückte Stadt, in welcher Vereine und  
Korporationen Spalier bildeten, nach dem Prinzen-  
haus. Von der Reithahn bis zum Prinzenhaus  
bildeten Kadetten Spalier, welche Ihre Majestät  
die Kaiserin und die kaiserlichen Prinzen mit  
lebhaften Jubelrufen empfingen.

Wien, 18. April. Bürgermeistervwahl.  
Auf die Frage des Regierungskommissars Friedeß,  
ob Dr. Lueger die Wahl annehme, antwortete  
Dr. Lueger mit einer längeren Ausführung, in  
welcher er zunächst hervorhob, er sei heute zum  
vierten Male zum Bürgermeister gewählt. Bei  
zwei Wahlen habe die christliche Bevölkerung  
Wiens gezeigt, daß sie sich durch Beschimpfungen,  
Drohungen und Versprechungen nicht beirren  
lasse, und habe gestimmt, indem sie ihre Rechte  
mit der gesetzlichen Waffe des Stimmzettels ver-  
theidigte. Er spreche im Auftrage seiner Freunde  
und drücke zugleich in deren Auftrage dem christ-  
lichen Volke seinen Dank aus. Den Willen des  
Volkes solle auch die Regierung achten, um so  
mehr, als sie selbst das Volk gleichsam zum  
Nichter angerufen habe, dessen Urtheil die Folge  
ruhriger Ueberlegung und klarer Erkenntnis der  
Lage des christlichen Volkes sei. Nicht um Per-  
sonenaltus zu streben, hätten seine Freunde für  
ihn gestimmt (sachlich rechts, Beifall links), son-  
dern um dem Willen des Volkes zu entsprechen.  
Er nahm die Wahl nicht aus Ehrgeiz, sondern  
in Erfüllung einer schweren Pflicht an. Er sei  
bereit gewesen, seine Person zum Opfer zu  
bringen, seine Freunde hätten dies indessen nicht  
angenommen, da sie erkannt hätten, daß ein  
Festhalten an seiner Person unter den jetzigen  
Verhältnissen mehr als je geboten hat. Die  
Wiener Bürgermeistervwahl sei nicht allein von  
rein bürgerlicher, sondern von weittragender wirt-  
schaftlicher und politischer Bedeutung. Die zur  
Zeit in Ungarn herrschende Partei verfolge ihre  
Machtpolitik weiter auszuüben, und mache sich  
einen ungehörigen Einfluß auf die Verhältnisse  
Österreichs an, dem ruhig, aber entschieden  
entgegen getreten werden; Nachgiebigkeit in  
irgend einem Punkte werde unberechenbaren  
Schaden nach sich ziehen, die täglichen Schmähun-  
gen der maßgebenden ungarischen Zeitungen  
gegen Wien ließen die Tragweite der  
Wiener Bürgermeistervwahl erkennen. Diese Frage  
sei kein Null und Nix contra Nueger, das wäre  
ein kleinlicher Standpunkt, vielmehr ein Theil  
des großen Kampfes um die Vereinerung des  
christlichen Volkes und um die Unabhängigkeit  
und Freiheit des Vaterlandes Österreich. In  
diesem Kampfe nicht einen Fuß breit zu weichen,  
sei die Pflicht des deutschen christlichen  
Mannes, des guten Wiensers, des patriotischen  
Österreicher. Von diesem Standpunkte aus  
hätten ihn seine Freunde gewählt und nehme er  
die Wahl an. Seinen beiden Neben im Vor-  
jahre habe er nichts hinzugefügt noch etwas  
davon wegzunehmen. Seine Freunde und er  
selbst würden, sobald sie die Städteverwaltung  
übernehmen sollten, den Weg des Rechtes und  
der Billigkeit wandeln, hoffend auf die Unter-  
stützung aller, welche es mit dem Volkswohl  
ernst nehmen. Redner schloß mit dem Wunsche,  
daß endlich dem Volke wiedergegeben werde,  
was des Volkes sei. Seitens der Parteigenossen  
des Redners wurde die Rede mit dem lebhaft-  
esten Beifall aufgenommen und der Redner  
wiederholt beglückwünscht. Beim Verlassen des  
Rathhauses wurde Dr. Lueger von der verams-  
melten Menge unter fröhlichen Hochrufen  
umringt und zu seinem Wagen geleitet. Ein  
Zwischenfall ereignete sich nicht. Die Wahl be-  
darf der kaiserlichen Bestätigung.

### Frankeich.

Paris, 18. April. Präsident Faure ist  
heute früh hierher zurückgekehrt. Die gesamte  
Garnison von Paris wurde in dieser Nacht alarm-  
irt und rühte alsbald nach St. Germain aus,  
wo General Saurier im Laufe des Vormittags  
die Jahresrevue abhalten wird.

Toul, 18. April. Nach dem Bankett,  
welches Präsident Faure gestern den Generalen  
gab, besuchten Faure und Cavaignac das Of-  
fiziers-Kasino, wo nach Empfang der Offiziere dem  
Präsidenten ein Wunsch ausgedrückt wurde. Präsi-  
dent Faure gab der Bewegung Ausdruck, die  
ihn beim Besuch der Maas-Front beherrschte, er  
lobte die Bemühungen der Offiziere bei der  
Ausbildung der Truppen, welche in dem Ge-  
fühle, auf Vorpösten zu stehen, die Wichtigkeit  
ihrer Aufgabe begriffen. Das Land kann mit  
voller Berechtigung auf Sie zählen, und Sie  
können behaupten, daß Sie die Hoffnung des  
Vaterlandes sind. Faure toastete dann auf die  
Armee und das 6. Armeekorps im Besonderen.  
Cavaignac dankte dem Präsidenten im Namen  
der Armee für die Gunst, Fürsorge und Zuneigung,  
die er durch seinen Besuch zu erkennen gebe.  
Derselbe, der Kommandeur des 6. Armeekorps,  
dankte für die ermutigenden Worte und pries  
die patriotische Entschlossenheit, welche Offiziere  
und Soldaten verbinde. Beim Verlassen des Kasino  
wurden Faure und Cavaignac lebhaft begrüßt  
Faure fuhr Abends nach Paris zurück.

### England.

London, 18. April. Wie den „Times“  
aus Konstantinopel gemeldet wird, hat die Porte  
die Botschaft bekräftigt, daß die Bestätigung  
eines mohamedanischen Unter-gouverneurs in Zeit-  
nur eine vorübergehende sei.

### Rußland.

Petersburg, 18. April. Zum Empfange  
des Fürsten Ferdinand am Bahnhof wird die  
Ehrenkompanie mit Fahne und Musik von  
einem Garde-Regiment gestellt.

### Amerika.

San Francisco, 18. April. (Melbung  
des „Menterschen Bureau“.) Nach einer aus  
Tashti hierher gelangten Meldung ist eine  
Streitmacht von einem französischen Kanonen-  
boot vor einigen Monaten in Matate gelandet  
und hat die Königin Mamea unterworfen; die  
Königin ertheilte den Franzosen das Recht der  
Kontrolle über die Schifffahrt, sowie der Errich-  
tung einer Station. Die Franzosen haben  
überreicht Mamea als Königin anerkannt.

### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 19. April. Von der kaiserlichen  
Ober-Postdirektion wird uns mitgetheilt, daß  
ihre häufigen Anträge wegen Nachsendung von  
Briefen und Zeitungen, wegen Abholung von  
Postsendungen u. s. w. Anzeigen über Wohnungs-  
veränderungen, Anfragen wegen verzögerten  
Eingangs von Briefen, Zeitungen und Tele-  
grammen, wegen Portoberechnung u. a. m. zu-  
gehen, die nach Lage der Verhältnisse dahin  
nicht gehören. Derartige Anträge sind, damit  
sie schneller erledigt werden, nicht an die Ober-  
Postdirektion, sondern an das zuständige Post-  
amt oder Telegraphenamt zu richten.

In der Woche vom 5. bis 11. April  
liefen im Regierungs-Bezirk Stettin 132 Er-  
krankungs- und 14 Todesfälle in Folge von an-  
steckenden Krankheiten vor. Am stärk-  
sten traten Mäskern auf, woran 77 Erkrankungen



find 3 Todesfälle zu verzeichnen waren, davon 9 Erkrankungen in Stettin, sodann folgt Esharlach mit 27 Erkrankungen (4 Todesfälle), davon 11 Erkrankungen (2 Todesfälle), in Stettin. An Diphtherie erkrankten 23 Personen (6 Todesfälle), davon 7 Erkrankungen (2 Todesfälle) in Stettin, an Darm-Typhus 3 Personen (1 Todesfall), davon 1 Person in Stettin, und an Kindbett- fieber 2 Personen. In den Kreisen Kammin und Greifenhagen kam kein Fall von ansteckender Krankheit vor.

— In der hiesigen Volkstüche wurden in der Woche vom 12. bis 18. April 1443 Portionen Mittagessen verabreicht.

Die Hauptverwaltung der Staatsschulden erläßt folgende Bekanntmachung: Die künftigen  $\frac{3}{4}$ prozentigen Prioritäts-Obligationen der Werra-Eisenbahn vom 1. Januar 1895 werden im Auftrage des Herrn Finanzministers den Besitzern zum 1. August 1896 mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag von diesem Tage ab bei der Staatsschulden-Tilgungskasse in Berlin W., Taubenstraße Nr. 29, gegen Umtreibung und Abgabe der Obligationen und der dazu gehörigen, alsdann noch nicht fälligen Zinsabschnitte (Zinsscheine) Nr. 3 bis 20 nebst Zinssteife (Zinsscheinanweisung) zu erheben. Neben dem Kapitalbetrage der Obligationen werden gleichzeitig noch die Stückzinsen für die vier Monate April bis einschließlich Juli 1896 gezahlt werden. Die Zahlung erfolgt von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags mit Ausschluß der Sonntage und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats. Die Entloßung geschieht auch bei den königlichen Regierungshauptkassen und in Frankfurt a. M. bei der königlichen Kreiskasse. Zu diesem Zweck können die Obligationen nebst den zugehörigen Zinsabschnitten (Zinsscheinen) und Zinssteifen (Zinsscheinanweisungen) einer dieser Klassen schon vom 1. Juli d. J. ab eingereicht werden, welche die Effekten der Staatsschulden-Tilgungskasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 1. August d. J. ab bewirkt. Der Betrag der etwa fehlenden Zinsabschnitte (Zinsscheine) wird vom Kapitale zurückgehalten. Vom 1. August d. J. ab hört die Verzinsung dieser Obligationen auf. Die Staatsschulden-Tilgungskasse kann sich in einem Schriftwechsel mit den Inhabern der Obligationen über die Zahlungseinstellung nicht einlassen. Formulare zu den Umtreibungen werden von sämtlichen obengedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt.

\* Im Bibliothekszimmer des Konzerthauses fand gestern Abend unter Vorsitz des Herrn Sanitätsraths Dr. Schartlau eine allgemeine Versammlung der Aerzte von Stettin und Umgegend statt, deren Tagesordnung als einziger Gegenstand aufwies: „Stellungnahme dem Gesammtwurf betreffend ärztliche Grengerichte“. Nach einem von Herrn Geh. Sanitätsrath Dr. Schleich erstatteten Referat und lebhafter Diskussion wurde mit überwältigender Mehrheit folgende Resolution angenommen: „Die heute im Konzerthause zahlreich versammelten Aerzte aus Stettin und Umgegend erklären, daß sie auf Grund ihrer Erfahrungen ein Bedürfnis zur Errichtung von ärztlichen Grengerichten nicht anzuerkennen vermögen. Sie erklären vielmehr in der Einführung derselben einen Angriff auf die Unabhängigkeit und Freiheit des ärztlichen Standes. Sie sprechen aber auch die Ueberzeugung aus, daß selbst die auf einem andern Standpunkte stehenden Kollegen den von der Regierung bekannt gegebenen Gesammtwurf über die Einführung von ärztlichen Grengerichten für unannehmbar halten werden, weil er — abgesehen von andern schwerwiegenden Mängeln — wegen der Unklarheit und Dehnbarkeit der grundlegenden Begriffe, wie „ärztliche Standesehre, ärztliche Verantwortlichkeit, Verhalten außerhalb des Berufs“ die bedeutendsten Folgen für den ganzen Stand und für den einzelnen Arzt nach sich ziehen kann.“

— Der Staatsanwalt Friederici in Benthien, D. Schl. und der Staatsanwalt Dr. Hensel in Ratibor sind an das Landgericht in Stettin versetzt.

— Dem Stadt- und Polizeisekretär Schulz zu Byritz ist der königliche Kronenorden vierter Klasse verliehen.

— Den nachbenannten Direktoren von Landwirtschaftsschulen: Dr. Gruber in Schwelbesein, Dr. Rohde in Esdena ist der Rang der Rätke vierter Klasse verliehen.

— (Personal-Veränderungen im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Stettin für den Monat März 1896.) Es sind ernannt: zum Oberlandesgerichtsrath: der Landgerichtsrath Scholber

in Stettin; zum Landgerichtsdirektor in Stettin; der Oberlandesgerichtsrath Fabricius aus Königsberg i. Pr.; zum Direktor des Gerichts-Gefängnisses zu Danzow: der Gerichtsassessor Dilschtein aus Gollwitz; zum Gerichtsassessor: der Referendar Küster; zum Referendar: der Rechtskandidat Nimmern; zum Gerichtsschreiber: die ectsmaßigen Gerichtsschreibergehilfen Ziehe, Kather, Lange und Welftich bei dem Oberlandesgericht, die beiden ersteren mit der Funktion als Hauptassessoren.

lassen-Buchhalter, Münchow bei dem Landgerichte  
in Stargard i. Pom., Richter bei dem Landgerichte  
in Stolp, Mantey und Indis bei dem Amtsgerichte  
in Stettin, Krause in Bergen a. N., Schubring

in Schlawe i. Pom., von Cosef in Palsitz, Wittenberg in Grlanzen, Draeger in Nummesburg, Bockst in Alt-Damm, Wendlandt in Schiebelsberg, Freidel in Bublitz, Goetzke in Treptow a. N., Nordt in Maffow, Deß in Bublitz, Steiner in Bollnow, Götzel in Bülow, Rübne in Kößlin, Diedrich in Swinemünde, der diätarische Staatsnahrungsaufsichtsamt Helm aus Greifswald in Wolgast; zum Staatsanwaltschaftssekretär: der Staatsmäßigen Staatsanwaltschaftsaffizienten Wittenberg in Kößlin und Rabdab in Stettin; zum diätarischen Gerichtsschreibergehilfen: der Militärärzter Dittmann in Greifenhagen und der Militärbezirkt bei dem Amtsgericht in Stargard a. Pom.; zum Amtsanwalt in Belgard: der Stadtanwaltschafts-Kandidat Schulz daselbst; zum Stellvertreter des Amtsanwalts bei dem Amtsgericht in Belgard: der Stadtssekretär Neumann daselbst in Rammrin i. Pom.; der Stadtpartakassenkontrollleur Vols daselbst; zum Gefangenenführer des Gerichts-Gefängnisses in Kößlin: der Hilfsgerichtsdienner Bollmer. — Es sind verstorben: der Amtsrichter Schulz von Wollftein nach Greifswald, die Staatsanwälte Brohof von Ostrow nach Stettin und Weizmann von Stettin nach Berlin, die Amtsgerichtsräthe Paritsch in Stargard, Pollard in Swinemünde, Berg in Tempelburg und der Amtsrichter Gaulte in Rajewal in das Amtsgericht I in Berlin, der Landgerichts-Belehrer in Stettin an das Landgericht II in Berlin, die Gerichtsschreiber, Sekretär Arndt von Bergen a. N. nach Straßund und Schurr von Bublitz an das Landgericht in Kößlin. — Die beauftragte Entlassung aus dem Zuständigkeitsbereich: des Gerichtsassessoren Wolf in Folge seiner Wahl zum Landesrat in Posen und Landrath in Folge seiner Wahl zum Magistratsassessor in Stettin, den Referendaren Vennberg und Gortemme. — Es sind mit Pension in den Ruhestand versetzt: der Amtsgerichtsrath Nothmann a. Neufeldt, der Gerichtsschreiber, Sekretär Rüdiger in Stettin. — Es sind gestorben: der Landgerichtsdirektor Heger in Stettin und der etatsmäßige Gerichtsschreibergehilfe, Assistent Thiel in Stolz a. Pom. — Beim Uebertritt in den Ruhestand tritt dem Landgerichtsdirektor Lindemann der Charakter als Geheimer Justizrath, dem Gerichtsschreiber, Sekretär Troeger in Stargard a. Pom. der Charakter als Kanzleirath, dem Gerichtsvollzieher Fleißhauer in Wolgast und dem Gerichtsdienner Rurth in Demnitz das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen. — Dem Gerichtsschreiber, Sekretär Schulz in Stolz a. Pom. ist aus Anlaß seines fünfzigjährigen Dienstjubiläums der Charakter als Kanzleirath verliehen. — Der Rechtsanwalt Sommer ist in die Liste der bei dem Amtsgericht in Regenwalde zugelassenen Rechtsanwälte eingetragen.

— Wir haben bereits mitgeteilt, daß vor-  
vorgern Montag ab die Zentralschulen in der  
gegründeten Grazien" eine ebenso neue  
die eigenartige Spezialität Nummer erhalten  
Diese seltenen Gäste aus dem Süden haben  
während ihres dreimonatlichen Gastspiels in  
Berlin berechtigtes Aufsehen erregt und dies  
sich zu einem großen Publikum hingezogen

gibt auch hier der Fall sein. Die „Volkszeitung“ schreibt über dieselben: „Die drei geernteten Grazien aus Afrika“ geben jetzt in Laßfahns Naoptifium ihre Vorstellungen. Und drei junge Mädchen aus dem zentralen Afrika, die sich schon durch plastische Schönheit auszeichnen, als eine wunderbare Eigenart, einen ganzen Körper weiß und braun gefleckt und aufweisen. Sogar die Kopfhare zeigen garbe auf dem Stirnhopf eine schneeweiße Farbe, die sich von den dunklen Braun der übrigen Kopfbehaarung scharf abhebt. Dementswerth ist außerdem ihr lebhaftes Temperament, sowie ihre enorme Gewandtheit und Muskelfestigkeit, die in verschiedenen Springkisten voll zur Geltung kommen.

— Zum Nachnahme-Verkehr.  
Wenn Nachnahmepakete vom Empfänger verweigert oder nicht rechtzeitig eingelöst werden, so wird der Absender bekanntlich durch die Postanstalten hiervon benachrichtigt mit dem Eruchen darüber Verfügung zu treffen, was mit

Sendung geschehen soll. Verlangt nun der Absender eines unbestellbar gemeldeten Paketes nach Nachnahme die nochmalige Vorzeigung der Sendung an den ursprünglichen Adressaten oder an einen zweiten im Bestellbezirk der Bestimmungspostanstalt wohnenden Adressaten, so wird nach einer neueren Bestimmung des Reichspostgesetzes die Sendung dem Postamt ferner gegen eine

\* Auf dem Schaubudenplatz wurde am Freitag Abend einer Arbeiterfrau das Portemonnaie mit 60 Pfennig und einem goldenen Trauring gestohlen. (F. U. 4000 vom 6. März 1933)

gezeichnet E. R. 1893, aus der Tafel gezogen  
 \* Zu der Friedrichstraße ganz gelstern Nach-  
 mittag kurz vor 2 Uhr das Pferd eines von  
 Lörney kommenden Guspännerfuhrwerks durch  
 den Filzste bis zum Krampplatz, wo der Wagen  
 umstürzte und der Kutscher herabgefallen  
 wurde. Der Mann erlitt dabei nicht unerheb-  
 liche Verletzungen im Gesicht. Auch das Pferd  
 war zu Fall gekommen, doch hatte dasselbe an-  
 scheinend ernstlichen Schaden nicht genommen  
 und es gelang bald, dasselbe wieder auf die  
 Beine zu bringen und nachdem der Wagen auf-  
 gerichtet worden, konnte die Fahrt fortgesetzt  
 werden.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.  
Der Frühjahrs-Katalog des Welt

haujes Rudolph Herzog in Berlin ist eben erschienen. Der Katalog in prächtigem Deckel, der uns den von F. G. Pfaff hergestellten Pavillon von Aud. Herzog für die Berliner Gewerbe-Ausstellung zeigt, bietet allen Damen in Kleiderstoffen, Seidenwaaren, Leinen = Artikeln, Wäsche, Gardinen, Möbelstoffen, Teppichen, Tricotagen, Strümpfen zc. die denkbar größte Auswahl für jeglichen Bedarf. Auch Stoff-Handschuhe sind von der Firma neu aufgenommen. Viele Abbildungen im Text wie auf Sonder-Beilagen veranschaulichen die einzelnen Artikel. Der Katalog wird auf Wunsch kostenfrei zugesandt, ebenso stehen Sonder-Preislisten für Gardinen, wie für Wäsche-Ausstattungen zur Verfügung.

Bei A. Bath in Berlin W.8., Mohren-  
straße 19, erscheint noch wieder die bis zum 1.  
April d. J. berichtete neue Auflage der **Eint-  
heilung des Reichslandes und der Marine,**  
**Preis 1 Mark,** welche bereits sämtliche bis  
zum 10. April 1896 besprochenen Veränderungen  
enthält. Wir haben wiederholt Gelegenheit ge-  
habt, das durch Zuverlässigkeit und Uebersicht-  
lichkeit sich auszeichnende Büchchen unsern  
Lesern besonders zu empfehlen.

## Gemischte Nachrichten.

— Die vortheilhafteste aller Gelegenheitslotterien ist unstreitig die Meyer'sche Dom- u. Gew.-Lotterie, bei welcher 6261 Gewinne mit 200 000 Mark zur Verloosung gelangen. Der Hauptgewinn ist zwar 50 000 Mark. Als Bezugsquelle können wir das seit 1866 bestehende, mit vielem Glück begünstigte Bank- u. Lotteriegeschäft von S. Rothenberg, Berlin S., Kommandantenstraße 51, empfehlen, welches Originallosse zum Blankpreis 3,30 Mark (Porto und Liste 30 Pf. extra) versandt.

### Biehmarft.

**Berlin**, 18. April. (Städtischer Zentral-Viehhof.) [Amtlicher Bericht der Direktion.] Zum Verkauf standen: 3994 Rinder, 6614 Schweine, 1436 Kälber, 9377 Hammel.

Das **W i n d e r g e s c h ä f t** wickelte sich ruhig ab. Schwere Äcker und Ochsen fanden auch heute schon Käufer. Voraussichtlich wird anserkauft.  
1. Qualität 57—60 **M a r t**, 2. Qualität 51—55 **M a r t**, 3. Qualität 45—49 **M a r t**, 4. Qualität 40—43 **M a r t** pro 100 **P f u n d** Fleischgewicht.  
Der **S c h w e i n e m a r k t** verfiel gerüdt und schleppend, wird aber wahrheitsgemäß geräumt.  
1. Qualität 41—42 **M a r t**, 2. Qualität 39—40 **M a r t**, 3. Qualität 36—38 **M a r t** pro 100 **P f u n d** mit 20 Prozent Tara.

Der R à l b e r handel gestaltete sich schleppend.  
1. Qualität 54—58 Pf., ausgesuchte Waare  
darüber, 2. Qualität 49—53 Pf., 3. Qualität  
46—48 Pf. pro Pfund Fleischgemisch

46—48 Pf. pro Pfund Fleischgewicht.  
Am 9. Juni 1871 markte war der Geschäftsgang ruhig bei wieder anziehenden Preisen und wird derselbe geräumt. 1. Qualität 43—45 Pf., Lämmer bis 48 Pf., 2. Qualität 40—42 Pf. pro Pfund Fleischgewicht.  
Die Ausrufsperrce für Schweine war bis zu dieser Stunde noch nicht aufgehoben. Seuchenfälle bei denselben sind uns in dieser Woche nicht bekannt geworden.

## Bankwesen.

**Berlin, 18. April.** Wochen-Uebersicht der Reichsbank vom 15. April 1896 (gegen 31. März 1896).

Atti va.

- 1) Metallbestand (der Bestand an koursfähigen deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 M. berechnet M. 892 856 000, Zunahme 21 936 000.
  - 2) Bestand an Reichsstaatspapieren M. 22 680 000, Zunahme 1513 000.
  - 3) Bestand an Noten und. Bank. M. 14 189 000, Zunahme 2 821 000.
  - 4) Bestand an Wechseln M. 642 871 000, Abnahme 54 948 000.
  - 5) Bestand an Lombardsfordern. M. 96 261 000, Abnahme 20 745 000.
  - 6) Bestand an Effekten M. 7 365 000, Zunahme 83 000.
  - 7) Bestand an sonst. Aktiven M. 50 052 000, Zunahme 1 001 000.
- Passiva.
- 8) Das Grundkapital M. 120 000 000 unverändert.
  - 9) Der Reservefonds M. 30 000 000 unverändert.
  - 10) Der Betr. der unlauf. Not. M. 1 095 344 000, Abnahme 87 883 000.
  - 11) An sonstigen zgl. fähigen Verbindlichkeiten 469 617 000, Zunahme 41 : 55 000.
  - 12) An sonstigen Passiven M. 11 313 000, Abnahme 1 508 000.

## Börsen-Berichte.

Magdeburg, 18. April. Zucker. Korn-  
zucker exkl., von 92 Prozent 13,25 bis 13,70, neue  
— bis —, Kornzucker exkl. 88 Prozent Ren-  
dement 13,10 bis 13,25, neue — bis —  
— Nachprodukte exkl. 75 Prozent Rendement  
10,00—10,80. Stetig. Brod = Raffinade I.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.  
Der Frühjahrs-Katalog des Welt

[illegible]







